



Straßenbeitragsfreies Hessen eine AG hessischer Bürgerinitiativen

www.strassenbeitragsfrei.de

Pressemitteilung

Immenser Aufwand für Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge noch sinnvoll?

Linden, 13. März 2018

Es sieht alles danach aus, daß es in einem Jahr keine Straßenbeiträge mehr in Hessen geben wird. Einige Kommunen aber planen aktuell noch die Einführung wiederkehrender Beiträge und investieren erhebliche Summen in die Vorbereitung. Sollten diese Kosten nicht eingespart werden? In Bayern gab es dazu einen Erlass des Ministeriums, denn auch dort arbeitet man an der Abschaffung der Straßenbeiträge.

Straßenausbaubeiträge sind Dauerärgernis Nr. 1 bei vielen hessischen Haus- und Grundstückseigentümern und Kommunen. Immer mehr Kommunen mußten Beitragssatzungen einführen. Immer mehr Fälle von ruinösen Bescheiden tauchen auf. Immer mehr wird der riesige Verwaltungsaufwand deutlich. Insbesondere die seit 2013 bestehende Möglichkeit „wiederkehrende Straßenbeiträge“ einzuführen, erwies sich als Flop. Einführung und Pflege sind teuer, aufwändig und rechtlich wohl unsicher. Aus einigen Kommunen kamen zudem Informationen, dass einzelne Anlieger 1000 Euro und deutlich mehr pro Jahr als „wiederkehrenden Straßenbeitrag“ zahlen sollen. Letztlich bleibt es auch mit „wiederkehrenden Straßenbeiträgen“ dabei, dass nicht alle Straßennutzer, sondern nur Haus- und Grundstückseigentümer für Straßenerneuerungen zahlen.

Spätestens seit 2014 hat das Innenministerium mit der „Ergänzung zum Herbsterrlass“ viele Gemeinden zu Straßenbeitragssatzungen gezwungen. Zum Beispiel Mörfelden-Walldorf, Karben, Bad Vilbel oder Bad Nauheim. Dort wurde jetzt bekannt, daß man 240.000 € nur für die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung auf wiederkehrende Beiträge plant. Immerhin will man die Entscheidung des Landtags abwarten. Anderen Gemeinden geht es ähnlich, vielfach haben sie schon Mitarbeiter eingestellt oder teure Aufträge vergeben an Kommunalberatungsfirmen und Planungsbüros. Diese haben Straßenbeiträge und wiederkehrende Beiträge als neues Geschäftsmodell für sich entdeckt, sie bieten die Komplettleistung an bis hin zum Versand von Beitragsbescheiden durch Anwaltskanzleien.

„Straßenbeitragsfreies Hessen - eine AG hessischer Bürgerinitiativen“ erkennt darin eine völlige Fehlentwicklung. Denn im Landtag werden aktuell zwei Gesetzesentwürfe diskutiert, „noch vor dem Sommer“ - so Ministerpräsident Volker Bouffier – gäbe es eine Lösung. Bis dahin allerdings fehlt den Kommunen jegliche Orientierung. Ein Erlass der Landesregierung zum Vorgehen in der Zwischenzeit ist anscheinend nicht geplant. Daher empfiehlt die AG den Bürgermeistern und Stadtverordneten, die Entscheidung des Landtags abzuwarten und Straßenerneuerungen möglichst zu verschieben. Ebenso die Vorarbeiten zu einer eventuellen Umstellung auf wiederkehrende Beiträge derzeit nicht zu beauftragen.

Gleichzeitig appelliert „Straßenbeitragsfreies Hessen“ an Bürgermeister und Stadtverordnete, sich mit Resolutionen für die Abschaffung der Straßenbeiträge und einen finanziellen Ausgleich aus Landesmitteln direkt an den Landtag und die Landesregierung zu wenden. Dabei können die AG „Straßenbeitragsfreies Hessen“ Hilfestellung anbieten.

13. März 2018

Andreas Schneider, Breiter Weg 126, 35440 Linden

Sprecher „Straßenbeitragsfreies Hessen – eine AG hessischer Bürgerinitiativen“

www.strassenbeitragsfrei.de

[Logo, Verband Wohneigentum Hessen](#)